

Eine ökonomisch fundierte Strategie zur Bewältigung der Zuwanderung

Bernhard Boockmann und Wilhelm Kohler

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung / Eberhard Karls Universität Tübingen

In diesem Beitrag analysieren wir die Folgen der derzeitigen Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland aus ökonomischer Sicht. Wir erörtern, was es bedeutet, die mit Bleiberecht versehenen Flüchtlinge in die deutsche Wirtschaft zu integrieren. Erwächst der deutschen Wirtschaft durch diese fluchtbedingte Immigration langfristig ein Zuwanderungsgewinn? Welche Mechanismen sind dafür verantwortlich? Wie wird der Zuwanderungsgewinn unter den Einheimischen verteilt? Bei der Analyse bauen wir auf Erkenntnissen der ökonomischen Migrationstheorie auf. Diese bezieht sich zwar eher auf freiwillige Migration zu Erwerbszwecken. Aber sie lässt sich auf die Situation der Flüchtlinge anwenden, zumal die Grenze zwischen Flucht und Migration aus ökonomischer Sicht oft nicht scharf zu ziehen ist.

Auf der Basis dieser Analyse zeigen wir, welche politischen Handlungsoptionen einen Zuwanderungsgewinn erzeugen können. Die eher langfristig angelegte migrationspolitische Analyse kann schon jetzt, am Beginn des Integrationsprozesses, helfen, entscheidende Weichen richtig zu stellen. Sie kann auch zur Überwindung der derzeitigen politischen Probleme um die Aufnahme von Migranten beitragen, indem sie dem Paradigma der aus humanitären Prinzipien gebotenen, aber kostspieligen Hilfe ein klares Bewusstsein der damit verbundenen migrationspolitischen Chance gegenüberstellt.

1 Einleitung

Seit dem Sommer 2015 hat der nach Europa ziehende Strom von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Krisenregionen ein Niveau erreicht, mit dem zuvor niemand gerechnet hatte. Innerhalb der Europäischen Union sind vor allem Deutschland, Österreich und Schweden betroffen. Die meisten der Flüchtlinge werden, wenn sie anerkannt sind, voraussichtlich lange nicht in ihre Heimatländer zurückkehren – viele wollen für immer bleiben. Kurzfristig betrachtet ste-

hen Aspekte wie die Unterbringung und Erstversorgung von Flüchtlingen sowie die Durchführung von Asylverfahren im Vordergrund. Längerfristig betrachtet besteht die Herausforderung darin, aus dem Flüchtlingsproblem eine migrationspolitische Chance werden zu lassen, indem die Flüchtlinge möglichst bald zu Migranten werden, die gut in lokale Arbeitsmärkte integriert sind.

Kriege und Terrorismus als Ursachen von Flucht mögen die Verwendung migrationspolitischer Kategorien in der Diskussion um die Bewältigung der aktuell gegebenen Herausforderung fragwürdig erscheinen lassen. Doch eine klare Trennung zwischen Flucht und Migration lässt sich nur schwer finden. Zwar folgt die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus gegebenen völkerrechtlichen Normen und weitgehend unstrittigen

humanitären Überlegungen, aber dabei existieren beträchtliche Auslegungs- und Interpretationsspielräume, in die – explizit oder implizit – auch migrationspolitische Überlegungen einfließen.

Migrationspolitik muss immer langfristig angelegt sein. Aber die Verfolgung langfristiger Ziele impliziert darauf ab-

gestimmte kurzfristige Weichenstellungen. Das langfristige Ziel ist die möglichst erfolgreiche und damit auch für Deutschland vorteilhafte Integration der mit Bleiberecht ausgestatteten Flüchtlinge. Diese Integration ist ein Prozess, der schon mit der Entscheidung über das Bleiberecht beginnt und dessen Erfolg entscheidend durch die richtigen

Anreize bestimmt wird. In diesem Beitrag entwickeln wir auf der Grundlage ökonomischer Theorie Elemente einer langfristigen Strategie für die Integration der Zuwandernden in den Arbeitsmarkt und zeigen, welche Schritte schon jetzt zur Umsetzung dieser Strategie erforderlich sind.

2 Fakten zur Zuwanderung

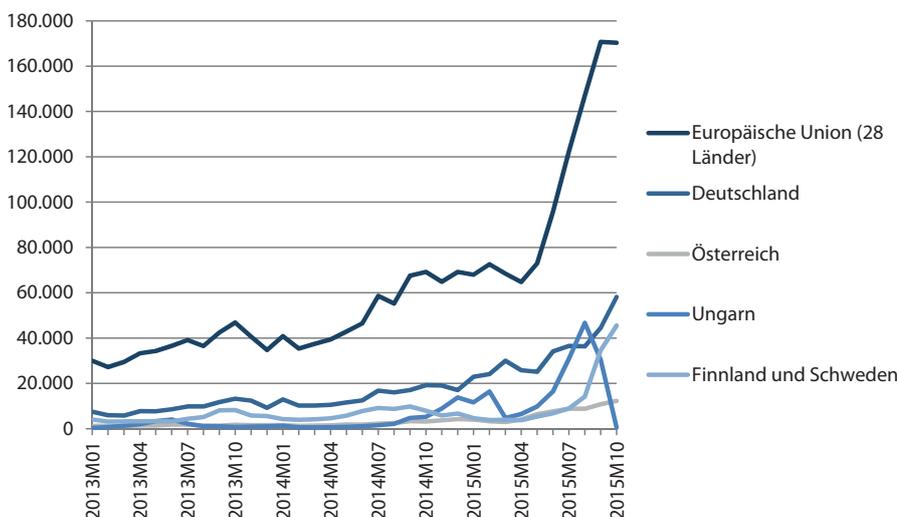
Nach dem aktuellen Zuwanderungsmonitor des IAB (2016) kamen im Jahr 2015 gut 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland. Nur ein Teil davon hat bis Ende 2015 einen Erstantrag auf Asyl gestellt. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2015) waren dies im Jahr 2015 insgesamt 442.000 Personen. Für die Jahre 2015 und 2016 schätzt das IAB (2015a) eine Zuwanderung von jeweils einer Million Personen. Auch in vielen anderen europäischen Ländern stiegen die Asylbewerberzahlen im Jahr 2015 deutlich

an, wie Abbildung 1 zeigt. In Schweden und Finnland war die Zunahme besonders stark, ebenso in Ungarn, wo allerdings ein großer Teil der Asylverfahren vermutlich vorzeitig beendet werden wird, weil die Zuwanderer in andere EU-Länder weiterziehen. In diesen Ländern sind aufgrund der geringeren Bevölkerungszahl die mit den Asylsuchenden verbundenen Probleme teilweise noch drängender als in Deutschland.

In Deutschland kam im Jahr 2015 die größte Gruppe der Asyl-Erstantragsteller

aus Syrien (36% aller Asyl-Erstanträge), gefolgt von Albanien mit 12% und dem Kosovo mit 8%. Im Verlauf des Jahres 2015 wurden 283.000 Entscheidungen über Asylanträge getroffen, von denen 50% positiv entschieden wurden (BAMF, 2015). Die Anerkennungsquote variiert nach den Herkunftsländern. Von den Asylanträgen aus Syrien wurden 96% positiv entschieden, aus Eritrea 94% und aus dem Irak 86%. Asylanträge von Personen aus dem Kosovo, aus Albanien oder aus Serbien werden dagegen fast immer abgelehnt. Nach drei Jahren erhalten Asylberechtigte eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, sofern die Asylgründe nicht zwischenzeitlich entfallen sind.

Abbildung 1: Erstanträge auf Asyl in der Europäischen Union, 2013-15

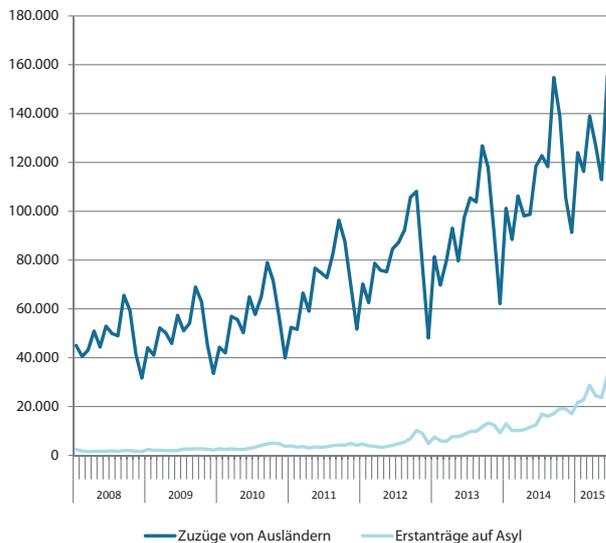


Quelle: Eurostat

Zuzüge nach Deutschland: Anteil der Flüchtlinge nimmt zu, doch bilden sie nicht die größte Gruppe

In der öffentlichen Diskussion herrscht gelegentlich die Meinung vor, dass gegenwärtig die Zuwanderung nach Deutschland fast ausschließlich auf Flüchtlinge aus Krisengebieten zurückzuführen ist; dies trifft jedoch nicht zu. Abbildung 2 zeigt alle Zuzüge nach Deutschland gemäß den Daten der Meldebehörden sowie die Erstanträge auf

Abbildung 2: Zuzüge von Ausländern nach Deutschland und Erstanträge auf Asyl, 2013-15



Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF

Asyl. Da die Stellung von Asylanträgen erst nach einigen Monaten erfolgt, lassen sich die Zahlen am aktuellen Rand nur bedingt vergleichen. Dennoch lässt die Grafik den Schluss zu, dass die mit Asylanträgen verbundene Flucht nur zu einem relativ geringen Teil für die zunehmende Einwanderung von Ausländern nach Deutschland verantwortlich ist.

Rechtlich gesehen wird die Grenze zwischen Flucht und Migration durch die Anerkennung als Asylsuchender oder durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft beziehungsweise durch den Status eines Erwerbsmigranten gemäß den dafür vorgesehenen Aufenthaltsvorschriften gezogen. Asyl wird gewährt, ohne dass hierfür die Arbeitsmarktqualifikationen und andere persönliche Voraussetzungen geprüft werden. Bei der Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Ländern müssen diese persönlichen Voraussetzungen dagegen berücksichtigt werden. Aus *ökonomischer Sicht* liegt Flucht immer dann vor, wenn die Heimatregion ohne vorherigen Vergleich von ökonomischen Bedingungen zwischen verschiedenen möglichen Erwerbsregionen

(Zielländern) verlassen wird und wenn dabei das Ziel der Wanderung offen und für die betroffenen Person zunächst auch nebensächlich ist. Migration resultiert dagegen idealtypisch aus einer Abwägung von Kosten und Gewinnen der Migration von dem Heimat- in ein ganz bestimmtes Zielland.

Die unterschiedlichen Ursachen von Flucht und Migration führen dazu, dass sich Asylsuchende und Migranten in ihrer Zusammensetzung unterscheiden. Die Erwerbsmigration lohnt sich am meisten für Personen, die durch Migration einen besonders hohen Einkommenszuwachs erzielen können. Dies ist bei gut ausgebildeten Personen eher der Fall als

Wer kommt nach Deutschland? Arbeitsmarktnähe der Zuwanderer

bei anderen. Zugleich bedingen Sprachkenntnisse und Bildung relativ geringe Migrationskosten, sodass die Erwerbsmigranten hinsichtlich der arbeitsmarktre-

levanten Eigenschaften tendenziell eine Positivauswahl aus der Bevölkerung des Herkunftslandes darstellen (Borjas, 1987). Dieser Mechanismus wird durch die selektive Zuerkennung des Erwerbsmigrantenstatus in den Zielländern noch verstärkt. Daten des Mikrozensus zeigen sogar, dass unter den Neuzuwanderern nach Deutschland ein deutlich höherer Anteil einen Hochschulabschluss hat als unter der einheimischen Bevölkerung in Deutschland (IAB 2015b), obwohl dieser Anteil in Deutschland allgemein höher ist als in den Herkunftsländern.

Ein ähnlicher Mechanismus ist bei Flüchtlingen nicht zu erwarten. Die Fluchtentscheidung ist nicht in erster Linie erwerbsorientiert, und das Asylverfahren ist an Kriterien gebunden, die völlig unabhängig von den arbeitsmarktrelevanten Merkmalen der Asylbewerber sind. Die Trennlinie zwischen Flucht und Migration ist allerdings im Einzelfall nicht leicht zu bestimmen; auch bei Asylbewerbern können wirtschaftliche Erwägungen ein Grund unter mehreren für die Migrationsentscheidung sein. Zudem werden die Unterschiede zwischen Flucht und Migration im Zeitverlauf weniger bedeutsam. Flüchtlinge, die aufgrund einer verbesserten Situation in ihren Heimatländern eigentlich dorthin zurückkehren könnten, dies aber wegen ihrer inzwischen erhaltenen Aufenthaltserlaubnis im Zielland nicht tun müssen, sind ökonomisch gesehen nicht mehr von Migranten zu unterscheiden. Daher könnte sich auch bei Flüchtlingen die Qualifikation von der durchschnittlichen Qualifikation im Herkunftsland unterscheiden. So geht die OECD (2015) davon aus, dass auch die Asylbewerber hinsichtlich ihrer Qualifikationen im Vergleich zur Bevölkerung im Heimatland eine positive Auswahl darstellen. Die soziodemografische Zusammensetzung der Flüchtlinge lässt sich allerdings derzeit aufgrund unzureichender Daten noch nicht zuverlässig erfassen. Wößmann (2016) weist auf die schlechten Bildungsvoraussetzungen in den Herkunftslän-

dem im Vergleich zu Deutschland hin. Deshalb ist, auch wenn die Flüchtlinge eine Positivauswahl darstellen, hinsichtlich der auf dem deutschen Arbeitsmarkt notwendigen Qualifikationen noch nicht viel gewonnen.

In jedem Falle muss es darum gehen, die Flüchtlinge, die bleiben dürfen und wollen, nachhaltig in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Nach den Projektionen des IAB (2015a) zur Erwerbstätigenquote ist im Jahr 2016 in Deutschland aufgrund der Zuwanderung von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 mit einer Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials um 380.000

Personen zu rechnen; der Effekt steigt bis zum Jahr 2018 auf 640.000 Personen. Diese Projektionen sind natürlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, was die künftige Zuwanderung und die Anerkennung von Asylanträgen betrifft.

Bis 2018 zusätzlich 640.000 Personen auf dem Arbeitsmarkt

Im Oktober 2015 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse 31.388.700. Der kumulative Arbeitsangebotseffekt der

kommenden drei Jahre beträgt also nicht mehr als zwei Prozent des aktuellen Beschäftigtenstandes. Das mag zunächst gering erscheinen, aber die Integration dieses zusätzlichen Erwerbspotenzials in den Arbeitsmarkt wird mitnichten einfach sein. Sie bedarf großer Anstrengungen, sowohl auf Seiten der Wirtschaftspolitik als auch auf Seiten der Zuwandernden und der Unternehmen. Vom Erfolg dieser Anstrengungen wird es abhängen, ob Deutschland die mit dem Flüchtlingsstrom gegebene migrationspolitische Chance nutzen kann. Wenn es gelingt, werden sowohl die Zuwandernden als auch die heimische Bevölkerung profitieren.

3 Wer gewinnt, wer verliert durch Migration?

Voraussetzung für eine wechselseitig gewinnbringende Integration der Zuwandernden ist eine klare Analyse der relevanten Zusammenhänge und Wirkungskanäle. Bei einer wirtschaftlichen Öffnung eines Landes nach außen gibt es in der Regel Gewinner und Verlierer. Bei internationaler Migration scheint es zunächst so, dass die Gewinner in erster Linie bei den MigrantInnen selbst zu finden sind. Dieser Eindruck ist nicht grundsätzlich falsch, aber er bedarf einer wichtigen Ergänzung: Auch die ursprünglich ansässige Arbeitsbevölkerung des Ziellandes (ab jetzt einfach „die Einheimischen“ genannt) erhält – unter plausiblen Bedingungen – Vorteile durch die Integration zuwandernder Personen in die heimischen Arbeitsmärkte. Zuwanderung lässt das Realeinkommen dieser Gruppe steigen. In der Literatur wird dies als „immigration surplus“ bezeichnet, wir sprechen hier fortan von einem Zuwanderungsgewinn.¹

In der gegenwärtigen Debatte erscheint die Vorstellung eines Zuwanderungsgewinns zunächst deplaziert. Diese

Debatte weist gerade in die gegenteilige Richtung. Sie ist von der Vorstellung von humanitär motivierter Hilfeleistung geprägt, die mit Kosten verbunden ist. Kurzfristig ist das wohl die richtige Perspektive. Längerfristig aber ist die migrationspolitische Perspektive die richtige, und da ist das Paradigma der kostspieligen Hilfeleistung nicht mehr passend und sollte durch das Paradigma des Zuwanderungsgewinns abgelöst werden. Wir zeigen im Folgenden, dass dieses Paradigma wichtige Erkenntnisse für eine zweckmäßige wirtschaftspolitische Weichenstellung zur Integration der Flüchtlinge liefert.

In der migrationspolitischen Debatte findet man immer wieder das Argument, Immigration solle die Lücken im vorhandenen Arbeitsangebot füllen. Damit ist meist gemeint, dass die ImmigrantInnen Tätigkeiten übernehmen, die die Einheimischen – aus welchen Gründen auch immer – scheuen. Dies ist indes eine viel zu enge Betrachtung der möglichen Vorteile von Zuwanderung. Ein Zuwanderungsgewinn bedeutet mehr

als das Füllen von Lücken im Arbeitsmarkt. Entscheidend ist vielmehr, ob die ImmigrantInnen und die heimischen Einkommensbezieher, jeweils als Inputs (Produktionsfaktoren) für die Erzeugung des Inlandsprodukts betrachtet, in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen.

3.1 Komplementarität zwischen Einheimischen und Zuwanderern

Komplementarität zwischen zwei Inputs liegt immer dann vor, wenn ein Mehreinsatz des einen die Produktivität des anderen Inputs erhöht. Ein einfaches Beispiel: Ein Büroangestellter arbeitet umso effektiver, je mehr er von IT-Kräften unterstützt wird, die ihm Probleme mit seinem Computer abnehmen. Und ein Zuwanderungsgewinn entsteht immer dann, wenn der mit Immigration verbundene Zustrom von Inputs – nach Integration in die inländischen Produktionsprozesse – *insgesamt betrachtet* in einem komplementären Verhältnis zu jenen

Inputs stehen, die die einheimischen Einkommensbezieher in diese Produktionsprozesse einbringen.

Ob Komplementarität zwischen Immigranten und heimischen Einkommensbeziehern gegeben ist, hängt von zwei Dingen ab: Erstens davon, welche Güter und Dienstleistungen im Inland hergestellt werden (und mit welcher Produktionstechnologie), und zweitens von der Zusammensetzung des mit der Immigration verbundenen Zustroms an Inputs relativ zu jenen Inputs, aus denen die Einheimischen ihr Einkommen erzielen. Tatsächlich wird unser Inlandsprodukt mit einer Vielzahl von verschiedenen Inputs erzeugt, insbesondere mit verschiedenen Arten von Arbeit, aber auch mit Kapital. Das Prinzip des Zuwanderungsgewinns besagt nun folgendes: Die Gruppe der Einheimischen kommt – als Ganzes betrachtet – durch Immigration immer dann in den Genuss einer Erhöhung des Prokopfeinkommens, wenn (i) der damit verbundene Zustrom an Inputs anders zusammengesetzt ist als die von Einheimischen angebotenen Inputs und wenn (ii) dieser Zustrom in den heimischen Produktionsprozess integriert wird. Letzteres setzt einen Arbeitsmarkt voraus, der reibungslos funktioniert und keine Arbeitslosigkeit erzeugt. Wir kommen später auf diese Voraussetzung zurück.

Welche Art von Arbeit bieten Zuwanderer an?

Die Natur des Zuwanderungsgewinns lässt sich am besten verstehen, wenn man sich die Erstellung des Inlandsprodukts wie die Erzeugung eines einzigen Gutes vorstellt, bei der verschiedene Typen von Arbeit eingesetzt werden. Der Einfachheit halber sei unterstellt, es gebe nur zwei Typen von Arbeit, einfache Arbeit und qualifizierte Arbeit. Vom Produktionsfaktor Kapital sehen wir im Moment ab. Für die folgende Darstellung

nehmen wir an, dass alle Zuwandernden dem Typ einfache Arbeit angehören, aber davon hängen unsere Schlussfolgerungen nicht ab.

Es erscheint als plausibel, dass die Beschäftigung dieses zugewanderten Arbeitsangebots eine Lohnsenkung für einfache Arbeit erfordert. Wir werden allerdings später sehen, dass eine Lohnsenkung dafür nicht zwingend erforderlich ist. Findet sie aber statt, dann sind davon auch die heimischen Arbeitnehmer betroffen, denn die Immigranten sind in diesem Beispiel ja perfekte Substitute für einheimische Arbeitnehmer des Typs einfache Arbeit. Wenn sich in dieser Gruppe auch frühere Immigranten befinden, dann kann dieser Umverteilungseffekt auch diese Untergruppe betreffen.²

Wie kann es angesichts dieser Lohnsenkung zu einem Zuwanderungsgewinn für die Einheimischen kommen? Die Antwort besteht aus zwei Teilen. Zum einen scheint steigt durch den Mehreinsatz von einfacher Arbeit die Produktivität des anderen Typs von Arbeit, nämlich der qualifizierten Arbeitnehmer. Und die höhere Produktivität qualifizierter Arbeit mündet in höhere Arbeitsverdienste der qualifizierten heimischen Beschäftigten. Zum zweiten bedeutet die Lohnsenkung für einfache Arbeit, dass die Immigranten insgesamt weniger Lohneinkommen erhalten, als sie an Mehrwert schaffen. Eine einfache Überlegung zeigt, warum dies so ist. Wandert nur eine Person mit einfacher Ausbildung zu, dann findet diese – bei funktionierendem Arbeitsmarkt – bei einem Lohnsatz Beschäftigung, der genau ihrer Produktivität entspricht. Stellt man sich aber eine sukzessive Zuwanderung weiterer Arbeitskräfte dieses Typs vor, dann kommt es jedes Mal erneut zu einer Senkung der Löhne für einfache Arbeit. Am Ende werden alle außer dem zuletzt ankommenden Immigranten mehr zum Inlandsprodukt beigetragen haben, als sie an Lohneinkommen erhalten. Das aber bedeutet zwingend, dass der Einkommensgewinn der qualifizierten (hei-

mischen) Beschäftigten größer ist als der Einkommensverlust der nicht qualifizierten (heimischen) Arbeitnehmer, sodass das Prokopfeinkommen der Einheimischen insgesamt steigt.

Man erkennt aus dem eben skizzierten Immigrationsszenario, dass der Zuwanderungsgewinn eine Änderung der Preise der verschiedenen Inputs und damit der verschiedenen Typen von Einkommen erfordert. Dabei ist durchaus denkbar, dass absolut gesehen beide Löhne steigen – etwa aufgrund einer gleichzeitig stattfindenden Produktivitätserhöhung durch technologischen Fortschritt. Worauf es ankommt, ist die Änderung der Lohnrelationen. Das Ergebnis gilt im Prinzip auch dann, wenn es sowohl unter den einheimischen Arbeitskräften als auch unter den Zuwanderern qualifizierte und unqualifizierte gibt, solange das Verhältnis zwischen beiden Typen von Arbeit bei Zuwandernden und Einheimischen unterschiedlich ist. Bezieht man Kapital in die Betrachtung ein, so gewinnen durch den Zustrom einfacher Arbeit auch die Kapitaleigner, wenn Arbeit und Kapital insgesamt komplementär sind – zweifellos eine plausible Annahme.

Ein Zuwanderungsgewinn entsteht nur bei Umverteilung

Der Zuwanderungsgewinn ist zwingend mit einem funktionalen Umverteilungseffekt zwischen unterschiedlichen Produktionsfaktoren verbunden – wie in unserem Beispiel zwischen den beiden Typen von Arbeit. Damit geht in der Regel auch ein personeller Umverteilungseffekt einher. In der Tendenz ist der Umverteilungseffekt umso größer, je mehr die Einheimischen insgesamt durch Immigration profitieren. Und es sind genau diese Umverteilungseffekte, die Immigration typischerweise zu einem kontroversen Thema machen. Im Prinzip könnte die Regierung den

Umverteilungseffekt durch Steuer- oder Sozialpolitik neutralisieren; dann würden alle Einheimischen und Zuwanderer gewinnen. Meist lassen sich aber keine Maßnahmen finden, die ausreichend zielgenau sind.

3.2 Lenkung der Zuwanderungsströme und Qualifizierung

Kennt man den Anteil der ausgebildeten Personen in der heimischen Arbeitsbevölkerung, so lässt sich berechnen, wie hoch dieser Anteil bei den Zuwanderern sein müsste, damit dieser Zustrom den größtmöglichen Zuwanderungsgewinn erzeugt. Zwei Aspekte spielen dabei eine Rolle: zum einen die Unterschiede in der Zusammensetzung der einwandernden Arbeitskräfte im Vergleich zu den Einheimischen, zum anderen das Ausmaß der Lohnsenkung, die für die Beschäftigung der zuwandernden Arbeitskräfte erforderlich ist (Borjas, 1995).

Diese Voraussetzungen fallen in den regionalen Arbeitsmärkten in Deutschland unterschiedlich aus. Jede Region hat ihre eigene Produktionsstruktur und ihre eigene Struktur an Erwerbsfähigen. Bei hinreichender Kenntnis dieser Gegebenheiten könnte man berechnen, wie der Gesamtzustrom auf die Regionen verteilt werden müsste, damit der Zuwanderungsgewinn für Deutschland insgesamt möglichst groß wird. In einem Bundesland wie Hessen mit einem hohen Anteil Hochqualifizierter könnte es beispielsweise einen besonders großen Zuwanderungsgewinn bedeuten, wenn relativ viele geringer qualifizierte Zuwanderer kommen. Je feiner die dabei zugrunde gelegte Differenzierung der Arbeitskräfte nach arbeitsmarktrelevanten Merkmalen (verschiedene Ausbildungsniveaus, Erfahrung in bestimmten Tätigkeiten usw.), umso besser das Ergebnis dieser gelenkten Immigration.

Die Implementation dieser Politik der gelenkten Immigration ist allerdings mit einer ganzen Reihe gravierender Probleme verbunden. Dies sind zum einen Informationsprobleme bezüglich der relevanten Merkmale der Migranten bzw. die Abgrenzung relevanter Arbeitsmärkte. Zum anderen haben Immigranten ihre eigenen Vorstellungen davon, wo sie die angestrebte Integration in die deutsche Gesellschaft jeweils verwirklichen wollen. Dabei spielen unter anderem Netzwerke, und familiäre Verbindungen eine wichtige Rolle. Die Politik stößt also mitunter sehr schnell an ihre Grenzen, wenn sie mit dem Postulat der Handlungsautonomie in Konflikt kommt. Eine wirtschaftspolitische Zielvorstellung ist indes auch dann wichtig, wenn das Ziel aufgrund gegebener Restriktionen nur mit Einschränkungen erreichbar ist.

Eine regionale Steuerung ist aber nicht die einzige Handlungsoption, die den Zuwanderungsgewinn beeinflusst. Flüchtlinge mögen zum Zeitpunkt ihrer Ankunft in Deutschland schlecht ausgebildet sein. Ob sie aber mit diesem Ausbildungsstand in die deutsche Wirtschaft integriert werden oder ob die Integration über den Weg zusätzlicher Ausbildung erfolgen wird, kann zum Beispiel durch bildungspolitische Fokussierung der Integrationsmaßnahmen beeinflusst werden.

Qualifizierung der Zuwandernden ist notwendig für einen Zuwanderungsgewinn

Für eine Qualifizierung der Zuwanderer spricht, dass die Realisierung des Zuwanderungsgewinns eine Flexibilität der Löhne verlangt. Dies ist bei gering qualifizierten Arbeitskräften allerdings kaum möglich, man denke nur an den gesetzlichen Mindestlohn.³ Die oben unterstellte Voraussetzung von Löhnen, die sich beliebig anpassen können, gilt

für den deutschen Arbeitsmarkt nicht. Zu sozial akzeptierten Bedingungen lassen sich Hunderttausende von gering qualifizierten Flüchtlingen nicht in Beschäftigung bringen. Die Folge wäre also länger andauernde Arbeitslosigkeit oder aber ein Ausweichen in die Schattenwirtschaft. Qualifizierung ist somit ein unverzichtbares Element der Integration, um sicherzustellen, dass die Realisierung des Zuwanderungsgewinns nicht an Lohnuntergrenzen scheitert.

3.3 Rückwirkungen der Güterpreise

Wie oben schon angedeutet, kann die Beschäftigung eines Zustroms von einfacher Arbeit mitunter auch ohne Lohnsenkung für einfache Arbeit erfolgen. Dies ist dann der Fall, wenn in der betreffenden Region mehrere Branchen vorhanden sind, von denen manche einen hohen, andere einen niedrigen Beschäftigungsanteil von einfacher Arbeit aufweisen. Man denke zum Beispiel an Dienstleistungen in der Pflege, im Gastgewerbe oder in der Gebäudereinigung auf der einen und an technologieintensive Bereiche des Maschinenbaus auf der anderen Seite. Ein zuwanderungsbedingt steigendes Angebot an einfacher Arbeit kann dadurch absorbiert werden, dass innerhalb der Region Arbeit beider Typen von Branchen mit hohem Anteil einfacher Arbeit in den anderen Branchentyp wandert. Dadurch entsteht eine höhere Nachfrage nach einfacher Arbeit, und das erhöhte Angebot einfacher Arbeitskräfte kann ohne Lohnsenkung absorbiert werden. Die Voraussetzung ist, dass Arbeitskräfte und Kapital zwischen Branchen und Betrieben mobil sind.

4 Politikoptionen

Bei näherer Betrachtung erkennt man allerdings, dass auch die Änderung der Produktionsstruktur in der Regel eine Anpassung der Löhne bedingt. Denn die geänderte Produktionsstruktur führt zu einem höheren Angebot von Gütern, die vorwiegend mit einfacher Arbeit hergestellt werden, relativ zu Gütern, die vorwiegend mit ausgebildeter Arbeit erzeugt werden. Dies lässt eine Güterpreisveränderung erwarten, und zwar eine relative Preissenkung für Güter, die mit hohem Anteil von einfacher Arbeit hergestellt werden. So kann z.B. der positive Angebotseffekt der Immigration zu einer relativen Verbilligung der zuvor genannten Dienstleistungen führen, von der die Einheimischen insgesamt profitieren. Ein Zuwanderungsgewinn in neuem Gewande: Das erhöhte Realinkommen entsteht durch eine höhere Kaufkraft, entstanden durch Preissenkung gewisser Güter, die im Warenkorb der Einheimischen eine wichtige Rolle spielen.

Genau diese Güterpreisänderung ist es jedoch, die auch in diesem alternativen Anpassungsszenario letztlich doch zu einer relativen Lohnsenkung für einfache Arbeit führt, denn geringere Preise müssen über verringerte Kosten aufgefangen werden, und dies kann nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung für einfache Arbeit geschehen. Und sofern diese Lohnsenkung stattfindet, gesellt sich zum eben erwähnten Zuwanderungsgewinn über höhere Kaufkraft noch der oben geschilderte „klassische“ Zuwanderungsgewinn.

In diesem Kontext muss nicht zuletzt zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern unterschieden werden. Die eben beschriebene Reaktion der Güterpreise auf ein verändertes Güterangebot tritt vor allem bei nicht-handelbaren Gütern ein. Die Preise

handelbarer Güter werden nicht durch Angebot und Nachfrage in Deutschland, sondern auf den Weltmärkten bestimmt. Bei einer relativ großen Ökonomie wie Deutschland ist es zwar denkbar, dass die Preise auf dem Weltmarkt von den heimischen Angebotsbedingungen beeinflusst werden. Aber es scheint – allgemein gesprochen – plausibel, dass die Preisänderungen weniger wahrscheinlich sind und auch geringer ausfallen als bei nicht-handelbaren Gütern. An dieser Stelle muss offen bleiben, auf welche Weise die fluchtbedingte Zuwanderung mit einer Änderung der Produktionsstruktur Deutschlands einhergehen wird. Das kann nur über detaillierte empirische Forschung ermittelt werden.

Ein Zuwanderungsgewinn lässt sich nur dann realisieren, wenn die Immigranten durch erfolgreiche Integration in die lokalen Arbeitsmärkte in Beschäftigung gebracht werden. Die bloße Präsenz zusätzlicher Erwerbspersonen führt nicht automatisch zu zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen. Eine aktive Integrationspolitik ist hierfür erforderlich.

Die Erfahrung mit Zuwanderung in der Vergangenheit lässt nicht erwarten, dass sich die mit Bleiberecht ausgestatteten Flüchtlinge so gut in Deutschland integrieren werden, dass sie schon in kurzer Frist eine ähnliche Arbeitsmarktpartizipation und vergleichbare Einkommen erzielen wie einheimische Personen. In den vergangenen Jahrzehnten waren fünf Jahre nach dem Zuzug rund 50 Prozent der Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, nach zehn Jahren gut 60% und nach 15 Jahren rund 70% (IAB 2015b).⁴ Integration ist eine Angelegenheit von Jahren, und es wird ohne Zweifel lange dauern, bis der gegenwärtige Zuwanderungsstrom einen Zuwanderungsgewinn generiert.

Wichtig ist aber, dass jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Fortschritte bei der Integration der Zuwanderer erfordern erhebliche Anstrengungen bei den Zuwandernden und bei den Einheimischen. Erforderlich ist eine Integrationspolitik, die bestehende Hürden für den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt beseitigt. Dies betrifft vor allem drei Bereiche: Qualifizierung, Arbeitsmarktintegration sowie Steuerung der Erwerbsaufnahme.

4.1 Qualifizierung

Dass Maßnahmen der Qualifizierung an erster Stelle stehen müssen, ergibt sich schon aus der Altersverteilung unter den Asylbewerbern. Nach den Zahlen des BAMF (2016) sind von den Personen, die im Jahr 2015 einen Erstantrag auf Asyl gestellt hatten, mehr als zwei Drittel (71%) unter 30 Jahre alt, 56% sind unter 25 Jahren, und nur 7% sind 45 Jahre und älter. Die Mehrzahl ist also in einem Alter, in dem sie noch den Weg in eine berufliche und akademische Ausbildung finden können.

Für Qualifizierungen müssen die Voraussetzungen erst geschaffen werden

Allerdings müssen viele Personen (nach-)qualifiziert werden, und das bedeutet hohe Investitionen. Barrieren sind fehlende deutsche Sprachkenntnisse, nicht vorhandene berufliche Abschlüsse und der Mangel an berufsbezogenen Kenntnissen und beruflichen Erfahrungen. Da die meisten Zuwandernden erwarten, in Deutschland ein permanentes Aufenthaltsrecht zu erlangen, ist der Anreiz zu Humankapitalinvestition höher als bei temporären Aufenthalten.

Die größte Herausforderung bei der Planung von Qualifizierungen ist, dass erhebliche Unsicherheit über die bestehenden Qualifikationen und sonstigen Voraussetzungen der Immigranten besteht. Dennoch lässt sich absehen, dass bestimmte Schritte besonders vorrangig sind:

- Die Sprachförderung ist der Schlüssel zu allen weiteren Qualifizierungen. Derzeitige Erfahrungen mit der Zuwanderung von Auszubildenden aus EU-Ländern zeigen: Ohne ausreichende Sprachkenntnisse stehen die Zuwandernden sowohl während der Ausbildung in der Praxis als auch in der Berufsschule vor enormen Schwierigkeiten. Dies gefährdet den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung. Sprachkurse sollten mit berufsbezogenen Informationen und Unterstützungen verzahnt werden. Das hat sich beispielsweise im bestehenden Programm der Sprachförderung für Migranten bewährt.
- Vor der Wahl eines Ausbildungsganges muss eine intensive Information und Beratung über die beruflichen Möglichkeiten stattfinden – ähnlich wie sie einheimische Jugendliche in der Berufsberatung und -orientierung erhalten. Dazu gehören Elemente, die in Betrieben stattfinden, beispielsweise Berufsfelderkundungen und Arbeitserprobungen. Die derzeit bestehenden Angebote haben die Gruppe der Zuwandernden aber nicht ausreichend im Blickfeld.
- Das duale Ausbildungssystem muss für Migranten weitaus mehr geöffnet werden, als es bisher der Fall ist. In vielen Ausbildungsberufen besteht eine hohe Nachfrage seitens der Unternehmen, die nicht durch einheimische Ausbildungsbewerber gedeckt ist. Gerade den Migranten ist das duale System aber oft nicht bekannt, daher muss mehr darüber

informiert werden. Zudem muss die Eintrittsschwelle in die berufliche Ausbildung gesenkt werden. Hierzu gibt es bestehende Programme, wie etwa die Einstiegsqualifizierung (EQ), die aber noch auf die Bedürfnisse der Zuwanderer zugeschnitten werden müssen.

- Während der Ausbildung sollte eine individuelle Unterstützung durch Mentoren stattfinden. Diese sollten auch bei den ersten Schritten auf dem Weg in die Ausbildung helfen – beispielsweise bei der Suche nach einer Unterbringung. Durch Hilfestellungen bei der Ausbildung sollte gerade kleineren Ausbildungsbetrieben die Möglichkeit gegeben werden, bei Schwierigkeiten sprachlicher, kultureller und anderer Art Hilfeleistungen von außen in Anspruch zu nehmen.
- Entscheidend ist auch, dass die Berufsschulen sich noch besser darauf einstellen, Zuwanderer mit sehr heterogenen sprachlichen und schulischen Vorkenntnissen zu unterrichten. Im Bereich der tertiären Ausbildung sollten gezielte Vorbereitungskurse den Zugang in die Hochschulen erleichtern.

Asylbewerber sollten vom ersten Tag an in diese Programme einbezogen werden. Ihre qualifikatorischen Profile und ihr spezifischer Förderbedarf sollten gleich bei der Antragstellung erhoben und diese Daten sollten mit den Systemen der BA verbunden werden. Im Zuge der Feststellung vorhandener Qualifikationen sollten zugleich die Regeln für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht werden. Die Erfahrungen mit den Qualifizierungen sollten in einem Lernprozess laufend in die Überarbeitung der Programme und Maßnahmen einfließen; hierzu sind aussagekräftige Evaluationen mit den Maßnahmen in einem Schritt zu planen.

4.2 Arbeitsmarktintegration

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist durch einen hohen Bedarf an Fachkräften geprägt, die auch komplexe Aufgaben selbständig zu bewältigen in der Lage sind. Die Qualifikation muss deshalb der Arbeitsmarktintegration vorangehen. Strategien der Arbeitsmarktintegration bedürfen der langfristigen Perspektive. Ein kurzfristiger Einstieg in den Arbeitsmarkt um jeden Preis kann kontraproduktiv sein. Arbeiten die Zugewanderten erst einmal im Niedriglohnsektor, werden sie dort nur schwer wieder herauskommen und deshalb geringe Chancen haben, jemals ein bedarfsdeckendes Arbeitseinkommen zu erzielen. Das ist insbesondere mit Blick auf das Budget des Sozialstaates wichtig.

Derzeit wird gefordert, Zuwandernde vom Mindestlohn auszunehmen, damit sie schnell eine Arbeit finden. Dies ist bereits jetzt möglich, wenn die Beschäftigung mit einer Qualifizierung einhergeht, wie bei den Auszubildenden oder den Teilnehmern einer Einstiegsqualifizierung. Einheimische Langzeitarbeitslose sind für einen Zeitraum von sechs Monaten vom Mindestlohn ausgenommen. Diese Regelung sollte so angepasst werden, dass sie auch für Zuwandernde zutreffen kann. Eine pauschale und unbefristete Ausnahme vom Mindestlohn für alle Zuwandernden ist jedoch nicht im Sinne einer Integration in bedarfsdeckende Erwerbsarbeit.

Die Orientierung an langfristigen Zielsetzungen darf indes kein Grund für untätiges Zuwarten sein. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen geeignete Qualifizierungen bereitstellen können, wenn bei ihnen im Jahr 2016 der erste Scheitelpunkt der Zuwanderungswelle ankommt. Es sollte sichergestellt werden, dass alle agierenden Personen auch an diesem Punkt Anreize haben, das Ziel der Qualifizierung und langfristigen Integration zu verfolgen.

Es sind jedoch vor allem die Zuwandernden selbst, die ihren Arbeitsmarktzugang entscheidend mit bestimmen. Viele haben das Ziel, schnell in Deutschland erwerbstätig zu sein. Der Erwerbszugang kann für die Zuwanderer nicht verschlossen werden. Wenn die Zuwandernden den Wunsch nach schneller Integration haben, sollten jedoch geeignete Weiterqualifizierungen angeboten werden. Keinesfalls dürfen Qualifikationsprogramme zu „Warteschleifen“ oder zum Einstieg in „Maßnahmenkarrieren“ werden. Wichtig ist daher eine umfangreiche individuelle Beratung. Hier sei auf allgemeingültige und bekannte Prinzipien verwiesen: bessere Betreuungsrelationen, mehr Kontakte, mehr professionelles Personal erhöhen die Zahl der in den Arbeitsmarkt Integrierten und können sich deswegen sogar fiskalisch rechnen (Hainmueller et al. 2015). Begleitende Angebote – beispielsweise Kinderbetreuung, gesundheitliche Leistungen – gewährleisten, dass sich die Zuwandernden auf ihre Qualifikation konzentrieren.

Arbeitsagenturen und Jobcenter brauchen zusätzliche Ressourcen

Natürlich erfordert die Implementation einer ambitionierten Integrationsstrategie entsprechendes Personal bei den Agenturen und Jobcentern. Die Bundesagentur für Arbeit erzielt derzeit aufgrund der geringen Anzahl der Arbeitslosen große Überschüsse. Diese Mittel wären in der Realisation einer langfristig und zielorientiert angelegten Strategie der Integration von Flüchtlingen gut investiert. Erfahrungen aus bestehenden Programmen, beispielsweise dem ESF-geförderten Bleiberechtsprogramm bis 2014 oder dem Programm MobiPro-EU für Auszubildende aus den EU-Ländern, müssen bestmöglich genutzt werden. Dezentrale Lösungen sind dabei oft am sinnvollsten, denn Agenturen und Jobcenter können am besten auf lokale Netzwerke zurückgreifen. Zugleich muss

die Vermittlung überregional erfolgen, da die Zuwandernden oftmals weniger ortsgebunden sind als die Einheimischen. Die Vernetzung zwischen den Regionen, einheitliche Qualitätsmaßstäbe und eine begleitende Evaluierung aller unterstützenden Leistungen sollte es ermöglichen, schnell aus den Erfahrungen zu lernen.

4.3 Planung und Steuerung

Der Staat kann versuchen, die Migrantenströme in bestimmte Regionen, Qualifikationen oder Berufe zu lenken, damit der positive Effekt der Zuwanderung möglichst groß wird und die fiskalische Belastung möglichst gering ausfällt. Damit ist nicht gemeint, dass die Zuwanderung zu einer komplett mikrogesteuerten Erwerbsmigration werden kann. Vielmehr soll unter Wahrung der Handlungsautonomie der betroffenen Personen über verschiedene Weichenstellungen und Informationsangebote dahingehend gewirkt werden, dass ein möglichst hoher Zuwanderungsgewinn entsteht.

Anreize statt bürokratischer Steuerung

Der Fachkräftemangel betrifft bestimmte Berufsbilder mehr als andere. Bei aller Unsicherheit über den künftigen Fachkräftebedarf scheint es sinnvoll, die Anreize so zu setzen, dass die Flüchtlinge mit Bleiberecht jene Qualifikationen und Erfahrungen erwerben, die der Komplementarität zu einheimischen Einkommensbeziehern dienlich sind. Zu solchen Anreizen gehört seit 2011 das Entfallen der Vorrangprüfung in sogenannten Mangel- bzw. Engpassberufen, die von der Bundesagentur für Arbeit identifiziert werden. Weitere Anreize könnten dadurch gesetzt werden, dass der Status des Asylbewerbers leichter in den Status des Arbeitsmigranten umgewandelt wird, wenn eine Beschäftigung in einem

dieser Berufe aufgenommen wird. Dies wäre allerdings auch generell, also ohne Arbeitsaufnahme in einem Mangelberuf, ein sinnvoller Weg.

Die besten Anreize dazu können die Betriebe bieten, die zugleich auch das größte Interesse daran haben, diese Mängel und Engpässe zu beseitigen. Sie können zu diesem Zweck beispielsweise eine klare Übernahmeperspektive nach der Ausbildung oder auch langfristig orientierte Weiterbildungsangebote anbieten. Dies gilt selbstverständlich auch für öffentliche Arbeitgeber oder in stark regulierten Bereichen wie der Gesundheitswirtschaft. Wichtig ist vor allem, die Immigranten zuverlässig und gut verständlich über die Möglichkeiten und Chancen in unterschiedlichen Berufen bzw. Tätigkeitsfeldern zu informieren.

Eine weitere Möglichkeit ist die regionale Steuerung der Zuwanderung während der Durchführung der Asylverfahren, wie sie ebenfalls schon oben angedeutet wurde. Zwar sind die Zuwandernden innerhalb Deutschlands eine relativ mobile Gruppe. Der erste Standort eines Migranten in Deutschland verankert jedoch in vielen Fällen den künftigen Wohnort. Insofern werden bei der Verteilung der Zuwandernden wichtige Entscheidungen getroffen, die auch langfristige Konsequenzen haben können. Wichtiger als die planerische Verteilung der Migranten ist deren Eigeninteresse, Möglichkeiten zur Erwerbsintegration in jenen Regionen wahrzunehmen, in denen solche auch bestehen. Vielfach spricht man von regionalem Mismatch zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Damit ist gemeint, dass in einer Region die Qualifikationsstruktur auf der Arbeitsangebotsseite und der Arbeitsnachfrageseite nicht zusammenpassen, und dass Mobilitätshindernisse einer Beseitigung dieses Missverhältnisses entgegenstehen. In dieser Situation kann die Zuwanderung helfen, vorausgesetzt, dass die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

5 Schlussfolgerungen

Die fluchtbedingte Zuwanderung aus Syrien und anderen Krisenregionen stellt Deutschland und Europa momentan vor gravierende organisatorische und politische Probleme. Sie bedeutet aber auch eine migrationspolitische Chance. Wenn es gelingt, diese Chance zu nutzen, dann wird nicht nur den aktuell vor Krieg und Unterdrückung fliehenden Personen geholfen, sondern es wird damit auch der deutschen Wirtschaft ein Vorteil erwachsen. Den vor Krieg und Unterdrückung fliehenden Personen in Deutschland eine Zukunftsperspektive zu bieten, bedeutet also für die momentan in Deutschland lebenden Personen insgesamt mitnichten nur Kosten und Verzicht. Vielmehr können langfristig durchaus beide Seiten gewinnen.

Die Integration in Arbeit bringt Änderungen der Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe der Einheimischen gegenüber dem Status quo mit sich. In der Tat gilt sogar: Je größer der Vorteil der Einheimischen insgesamt ist, desto schärfer sind die Verteilungskonsequenzen. Insofern ist nicht verwunderlich, dass Immigration stets kontrovers ist.

Am unteren Rand des Qualifikationspektrums ist die Integration von Immigranten in den Arbeitsmarkt schwierig, da Mindestlöhne und soziale Grundsi-

cherung verhindern, dass die Löhne so weit sinken, dass alle in Beschäftigung kommen und der Zuwanderungsgewinn in voller Höhe realisiert wird. Die Förderung beruflicher Qualifikationen ist daher das Wichtigste, was die Integrationspolitik durch frühzeitige Weichenstellungen zu leisten hat.

Hierzu können eine Reihe von Hebeln benutzt werden, die im gegenwärtigen Kontext eines relativ jungen Zuwanderungsstroms vermutlich sehr wirksam sind. Der wichtigste Hebel könnte die Öffnung des Ausbildungssystems sein. Begleitend dazu sollte den betroffenen Personen mehr Orientierung geboten werden. Diese müssen in Kurzform all das durchlaufen, wozu einheimischen Schülerinnen und Schülern Jahre zur Verfügung stehen. Auch Zuwandernde in fortgeschrittenem Alter brauchen eine intensive Beratung und Betreuung. Die hierzu mobilisierten Ressourcen werden sich in einigen Jahren bezahlt machen.

Bei alledem darf die europäische Dimension nicht vergessen werden. Kurzfristig besteht in Europa die Gefahr, dass aufgrund mangelnder Koordination zwischen den verschiedenen Zielländern eine insgesamt sehr unangemessene und ineffiziente Flüchtlingspolitik ver-

folgt wird. Bei gegebenem Gesamtzuwanderungsstrom nach Europa bewirkt die isolierte Verschärfung in einem einzelnen Land eine partielle Umlenkung des Stromes in andere Länder. Insgesamt führt eine nicht koordinierte Einwanderungspolitik zu einer übermäßig restriktiven Politik.

Nicht nur die Aufnahme, auch die Integration von Flüchtlingen hat eine europäische Dimension

Längerfristig ist eine gemeinsame Migrationspolitik notwendig, weil Europa ein offener Raum ist, in dem sich die Aufenthaltsberechtigten frei bewegen können. Anstrengungen in Richtung Erwerbsintegration kommen dabei nicht nur dem Land zugute, das sie unternimmt. Ein Mangel an Integrationserfolgen führt dazu, dass grenzüberschreitende Wanderungen von Personen stattfinden, die in keinem Land integriert sind, und die nicht von eigener Erwerbsarbeit leben können. Dieses Problem könnte langfristig erhebliche Auswirkungen auf die Europäische Union haben. Es ist daher höchste Zeit, dass in Europa eine Koordination der Politik mit dem Ziel stattfindet, gerade diese Effekte zu berücksichtigen.

Endnoten

- 1 Die folgenden Ausführungen basieren teilweise auf Borjas (1995), Felbermayr & Kohler (2006, 2007) und Felbermayr et al. (2014).
- 2 So haben Felbermayr et al. (2010) berechnet, dass der Verzicht auf Zuwanderung aus den neuen Mitgliedsländern der EU nach der Osterweiterung von 2004 durch die Inanspruchnahme der sogenannten „Transitional Agreements“ vor allem den zuvor schon im Land befindlichen Immigranten geschadet hat, siehe auch Brücker und Jahn (2011).
- 3 Ergebnisse von Brücker und Jahn (2011) zeigen im Kontext der Wirkungen von Zuwanderung, dass die Lohnflexibilität bei niedrigeren Qualifikationen deutlich geringer ist als bei höheren.
- 4 Diese Ergebnisse wurden auf der Basis der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe erzielt und beziehen sich auf alle Personen, die in der Vergangenheit als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Da die Herkunftsländer und sonstigen Voraussetzungen bei den derzeitigen Asylbewerbern unterschiedlich sein können, lassen sich die Ergebnisse nicht direkt übertragen.

Literaturangaben

Borjas, George (1987): Self-Selection and the Earnings of Immigrants, *American Economic Review* 77(4), 531-553.

Borjas, George (1995): The Economic Benefits from Immigration, *Journal of Economic Perspectives* 9(2), 3-22.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016): *Aktuelle Zahlen zu Asyl*, Ausgabe: Januar 2016, Nürnberg.

Brücker, Herbert und Elke J. Jahn (2011): Migration and Wage-setting: Reassessing the Labor Market Effects of Migration. *Scandinavian Journal of Economics* 113(2), 286-317.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015): *Asylgeschäftsstatistik*, Ausgabe: Januar 2016, Nürnberg.

Felbermayr, Gabriel, und Wilhelm Kohler (2006), Immigration and Wages in General Equilibrium: A Theoretical Perspective, in: Foders, Federico und Rolf J. Langhammer (Hrsg.), *Labor Mobility and the World Economy*, Berlin-Heidelberg: Springer Verlag, 51-80.

Felbermayr, Gabriel, und Wilhelm Kohler (2006): Exploring the Intensive and Extensive Margins of World Trade. *Review of World Economics* 142(4), 642-674.

Felbermayr, Gabriel, und Wilhelm Kohler (2007): Immigration and Native Welfare, *International Economic Review* 48(3), 731-760.

Felbermayr, Gabriel, Wido Geis und Wilhelm Kohler (2010): Restrictive Immigration Policy in Germany: Pains and Gains Foregone?, *Review of World Economics* 146(1), 1-21.

Felbermayr, Gabriel, Volker Grossmann und Wilhelm Kohler (2014): Migration, International Trade and Capital Formation: Cause or Effect?, in: Chiswick, Barry R. und Paul W. Miller (Hrsg.), *The Handbook of the Economics of International Migration*, vol. 1B, Amsterdam: Elsevier, 913-1025.

Hainmueller, Jens, Barbara Hofmann, Gerhard Krug und Katja Wolf (2016): Do Lower Caseloads Improve the Perfor-

mance of Public Employment Services? New Evidence from German Employment Offices, *Scandinavian Journal of Economics*, im Erscheinen.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2016): *Zuwanderungsmonitor Januar 2016*, Aktuelle Berichte, Nürnberg.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015a): Flüchtlingseffekte auf das Erwerbspotenzial, *Aktuelle Berichte* 17/2015, Nürnberg.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015b): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, *Aktuelle Berichte* 14/2015, Nürnberg.

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2015): Is This Humanitarian Migration Crisis Different? *Migration Policy Debates* No. 7, September 2015, Paris: OECD.

Wößmann, Ludger (2016): Bildung als Schlüssel zur Integration: Nur eine realistische Flüchtlingspolitik wird Erfolg haben, *ifo Schnelldienst* 69(1), 21-24.

Neuere Publikationen aus dem IAW

IAW-Diskussionspapiere

→ <http://www.iaw.edu/index.php/IAW-Diskussionspapiere>

Bank Organization and Loan Contracting in Small Business Financing

Andrea Bellucci / Alexander Borisov / Alberto Zazzaro

IAW Discussion Paper No. 122, January 2016

Do exporting firms benefit from retail internationalization?

Angela Cheptea / Charlotte Emlinger / Karine Latouche

IAW Discussion Paper No. 121, June 2015

The Great Trade Collapse and the Spanish Export Miracle: Firm-level Evidence from the Crisis

Peter S. Eppinger / Nicole Meythaler / Marcel Smolka / Marc-Manuel Sindlinger

IAW Discussion Paper No. 120, April 2015

IAW-Kurzberichte

→ <http://www.iaw.edu/index.php/IAW-Kurzberichte>

Betriebliche Fort- und Weiterbildung 2014 – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

Günther Klee / Charlotte Klempt

IAW-Kurzbericht 4/2015

Frauen in Führungspositionen 2014 – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

Günther Klee / Charlotte Klempt

IAW-Kurzbericht 3/2015

Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2014 – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

Günther Klee / Charlotte Klempt

IAW-Kurzbericht 2/2015

IAW Policy Reports

→ <http://www.iaw.edu/index.php/pr-2011-2015>

Möglichkeiten und Grenzen der politischen Realisierbarkeit intra- und intergenerativer Gerechtigkeit

Raimund Krumm / Jürgen Volkert

Studie gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Verbundprojekt „GeNECA-Forschungsprojekt („Gerechtigkeit und Nachhaltige Entwicklung im Kontext des Capability-Ansatzes – GeNECA)

IAW Policy Report Nr. 15

Das Ausgabeverhalten von Familien und die subjektive Lage materiell armer Kinder in Baden-Württemberg

Forschungsprojekt im Auftrag der Familienforschung Baden-Württemberg (FaFo) im Statistischen Landesamt

Andrea Kirchmann / Rolf Kleimann / Christin Schafstädt

IAW Policy Report Nr. 14

In der Reihe „IAW-Impulse“ erscheinen Beiträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IAW zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.

Die IAW-Impulse erscheinen in unregelmäßiger Folge und können kostenlos von der IAW-Website heruntergeladen werden

→ <http://www.iaw.edu> -> publikationen

IAW

INSTITUT FÜR ANGEWANDTE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

an der Universität Tübingen

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

an der Universität Tübingen

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen

Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99

iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann